

Korovkin, Vladimir Ju.

**Working Paper — Digitized Version**

## Wirtschaftsbeziehungen Rußlands zu den übrigen Staaten der ehemaligen Sowjetunion

Kiel Working Paper, No. 619

**Provided in Cooperation with:**

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

*Suggested Citation:* Korovkin, Vladimir Ju. (1994) : Wirtschaftsbeziehungen Rußlands zu den übrigen Staaten der ehemaligen Sowjetunion, Kiel Working Paper, No. 619, Kiel Institute of World Economics (IfW), Kiel

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/47166>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# Kieler Arbeitspapiere Kiel Working Papers

**Kieler Arbeitspapiere Nr. 619**

**Wirtschaftsbeziehungen Rußlands zu den übrigen Staaten**

**der ehemaligen Sowjetunion**

**von**

**Wladimir Korowkin\***



**Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel**  
**The Kiel Institute of World Economics**

ISSN 0342 - 0787

**Kieler Arbeitspapiere Nr. 619**  
**Wirtschaftsbeziehungen Rußlands zu den übrigen Staaten**  
**der ehemaligen Sowjetunion**  
**von**  
**Wladimir Korowkin\***

532836

---

\* Der Autor ist Abteilungsleiter im Institut für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen (IMEMO), Moskau. Er bedankt sich bei Dr. Hugo Dicke für wertvolle Anregungen sowie für das Redigieren des Manuskripts. Dieses entstand bei der Kooperation zwischen IMEMO und IfW im Rahmen des Projekts "Die wirtschaftliche Arbeitsteilung in der ehemaligen Sowjetunion ...", das von der Alfried Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung finanziell gefördert wird.

## Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung .....	2
2. Handelsbeziehungen Rußlands zu den übrigen Nachfolgestaaten der Sowjetunion .....	3
2.1 Umfang und Struktur des Warenhandels vor und nach 1990 .....	3
2.2 Natur und Effizienz der überkommenen Spezialisierung im intra-regionalen Handel .....	5
2.3 Neue institutionelle Rahmenbedingungen für den Wirtschaftsaustausch .....	6
2.3.1 Bilaterale Abkommen .....	6
2.3.2 Multilaterale Abkommen .....	7
2.3.3 Staatshandel versus privater Handel .....	7
2.3.4 Tarifäre und nicht-tarifäre Hemmnisse für den nicht-staatlichen Handel .....	8
2.4 Die neue russische Außenhandelspolitik und ihre Wirkungen auf die russische Wirtschaft .....	10
2.4.1 Skizze einer vorteilhaften Außenhandelspolitik .....	10
2.4.2 Änderung der relativen Preise, der Handels- und der Produktionsstrukturen .....	10
2.4.3 Zunehmende Bedeutung der Transportkosten als Standortfaktor .....	12
2.4.4 Anpassungsprozesse auf betrieblicher Ebene .....	14
2.4.5 Dependenz der russischen Wirtschaft von grenzüberschreitender Arbeitsteilung .....	15
3. Beziehungen Rußlands zu den GUS-Staaten im monetären Bereich .....	17
3.1 Zahlungsmodalitäten bei Warenlieferungen .....	17
3.2 Fakturierung und Finanzierung nach westlichem Vorbild .....	21
3.2.1 Fakturierung zu Weltmarktpreisen .....	21
3.2.2 Optionen für eine Reform der Außenhandelsfinanzierung .....	22
3.3. Koordination der Geld- und Währungspolitiken .....	23
3.4. Russische Währungsreform .....	26
3.5 Regelung der (Devisen)Auslandsschulden .....	27
4. Schlußfolgerungen .....	28

## 1. Einleitung

Im Westen ist die Meinung weit verbreitet, daß die Staaten, die ehemals die Sowjetunion bildeten, die überkommenen Wirtschaftsbeziehungen beibehalten sollten. Gelänge es, Umfang und Struktur des Warenaustauschs wie bisher aufrechtzuerhalten, blieben den Volkswirtschaften außenwirtschaftsbedingte Anpassungskrisen erspart und die Aussichten für das Wirtschaftswachstum der Volkswirtschaften wären günstiger. In zahlreichen Veröffentlichungen kommt diese These von der Vorteilhaftigkeit unveränderter Außenwirtschaftsbeziehungen zum Ausdruck: "Bei einem Abreißen der bisherigen Lieferbeziehungen zwischen den neuen Staaten wird sich der industrielle Niedergang verstärken"<sup>1</sup>, "die Wirtschaftsbeziehungen untereinander sind zumindest mittelfristig auf einem möglichst hohen Niveau aufrechtzuerhalten"<sup>2</sup>, "the Soviet Republics are not ready for economic independence"<sup>3</sup>, "la perte de débouchés traditionnels est l'une des principales causes de la recession en Russie"<sup>4</sup>.

Demgegenüber werden in Rußland von Wissenschaftlern als auch von Teilen der politischen Elite häufig Zweifel an dieser Theorie geäußert. Es wird behauptet, daß die Aufrechterhaltung der traditionellen Wirtschaftsbeziehungen eindeutig zu Lasten der russischen Föderation gehen würde. Eine Änderung der Struktur des russischen Außenhandels sei im Interesse des Landes geboten.

In diesem Beitrag werden zunächst die institutionellen Rahmenbedingungen für den Wirtschaftsaustausch sowie die Struktur des Handels Rußlands mit den übrigen Staaten der ehemaligen Sowjetunion und deren jüngste Veränderungen dargestellt. Anschließend wird die These überprüft, daß eine Beibehaltung der tradierten Struktur des Handels vorteilhaft sei. In einem zweiten Teil werden die geld- und währungspolitischen Beziehungen Rußlands mit den übrigen Staaten der GUS auf den Prüfstand gestellt.

---

<sup>1</sup> R. Götz, Zur Lebensfähigkeit der GUS, in: Europa-Archiv, Folge 4/1992, S. 109.

<sup>2</sup> D. Holtbrügge, A. Schulus, Ökonomische Perspektiven der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten, in: Osteuropa, Nr. 9, 1992, S. 730.

<sup>3</sup> A. McAuley, Costs and Benefits of De-Integration in the USSR, in: Most, Bologna, Nr. 2, 1991, S. 64.

<sup>4</sup> M. Crosnier, Tableau de bord économique de l'ex-URSS, in: Le courrier des pays de l'Est, Nr. 375, Dezember 1992, S. 49.

## 2. Handelsbeziehungen Rußlands zu den übrigen Nachfolgestaaten der Sowjetunion

### 2.1 Umfang und Struktur des Warenhandels vor und nach 1990

Die jahrzehntelang in der Sowjetunion praktizierte Politik der Schaffung eines "einheitlichen Industriekomplexes" erstreckte sich auch auf die wirtschaftliche Verflechtung der russischen Föderation mit den anderen Republiken der Sowjetunion. Im Jahr 1991 (unmittelbar vor dem Zerfall der UdSSR) machten die Gesamtlieferungen Rußlands an die übrigen Unionsrepubliken einschließlich der Ausfuhr in Drittstaaten 11 vH der Binnenproduktion aus, und die Gesamtbezüge aus Unionsrepubliken einschließlich Einfuhren aus dritten Ländern trugen 15 vH zum Binnenverbrauch bei. Diese Quoten waren in den übrigen Unionsrepubliken weitaus höher, zum Beispiel betrug die Liefer- und Ausfuhrquote Aserbaidjans 27 vH, die Bezugs- und Einfuhrquote Armeniens 31 vH.<sup>5</sup> Bemerkenswert stark war die Stellung russischer Lieferanten auf den Importmärkten der nicht-russischen Republiken. Beispielsweise machte der Anteil der Waren "made in Russia" 75 vH der ukrainischen, 67 vH der kasachischen, 63 vH der weißrussischen und 54 vH der usbekischen Bezüge aus dem Gebiet der Sowjetunion aus.<sup>6</sup>

Rußland hatte stets den größten positiven Saldo im Austausch mit den Staaten der Sowjetunion. Lediglich im Bereich der Verbrauchsgüter war die russische Handelsbilanz im Intra-Unions-Handel negativ. Hierzu trugen die hohen Nettobezüge von Lebensmitteln entscheidend bei (Tabelle 1). Die Lieferungen Rußlands von Lebensmitteln in die Unionsrepubliken wurden durch die Bezüge aus dem Unionsgebiet um 25 Prozent überstiegen. 1993, im zweiten Jahr nach dem Zerfall der Sowjetunion, hat sich das Bild radikal gewandelt. Rußland hat verstärkt Nahrungsmittel aus Drittländern bezogen. Dies hat mehrere Ursachen: Nahrungsmittel waren zumindest teilweise auf dem Weltmarkt preiswerter. Eine Rolle mag außerdem die große Präferenz der Konsumenten für Waren westlichen Ursprungs gespielt haben. Schließlich haben wohl russische Importeure ihre Bezüge bewußt regional diversifiziert, um die Risiken, die sich aus den Ernte- und Lieferschwankungen traditioneller Lieferländer ergeben, zu verringern. Vor allem Kasachstan und die Ukraine, die von Jahr zu Jahr sehr große Ernteschwankungen aufweisen, waren von dieser Diversifizierungsstrategie russischer Importeure negativ betroffen.

Was die anderen Konsumgüter anbetrifft, so hatte hier Rußland traditionell einen positiven Saldo im Austausch mit den übrigen Unionsrepubliken. Dieser Saldo stieg von 4,1 Milliarden Rubel im Jahr 1990 auf 10,2 Milliarden Rubel im Jahr 1991. An diesem Anstieg hat die Inflation einen großen Anteil gehabt. In konstanten Preisen gerechnet ging nämlich der Warenaustausch bei Verbrauchsgütern um fast 50 vH im Jahr 1991 gegenüber 1990 zurück. Bemerkenswert allerdings ist, daß die wichtigsten russischen Ausfuhrgüter von diesem Rückgang nur wenig berührt wurden.<sup>7</sup> So hielten die Ukraine und die transkaukasischen Staaten ihre Bezüge von russischen Webstoffen weitgehend aufrecht. Die übrigen Staaten der GUS fragen weiterhin vor allem russische Kühlanlagen, Waschmaschinen und Lastkraftwagen nach.

Auch im Handel mit Investitionsgütern und Rohstoffen weist Rußland einen Überschuß im Warenaustausch mit den ehemaligen Unionsrepubliken auf. Das gilt für Rohstoffe mehr als

<sup>5</sup> Meshregionalny obmen v 1991 godu, in: Vestnik statistiki, Nr. 3, 1992, S. 39.

<sup>6</sup> B. Plyschewsky, *Economika stran Sodrushestwa*, in: *Ekonomist*, Moskau, Nr. 10, 1992, S. 32.

<sup>7</sup> Respubliki byvschego Sojusa dwishutsja k desintergazii, in: *Iswestija*, 27. 2. 1992, S. 3.

für Investitionsgüter. Alle Unionsrepubliken, mit Ausnahme von Turkmenistan und - mit Einschränkungen - Kasachstan und Aserbaidjan, sind von russischen Brennstofflieferungen stark abhängig geblieben. Die Produktions- und Nachfrageeinbrüche in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) sowie die Insolvenzität der Handelspartner der GUS waren ausschlaggebend dafür, daß Rußland die Lieferungen von Brennstoffen im Jahr 1992 erheblich reduzierte: bei Erdöl um 45 vH, Dieselöl um 69 vH, Masut um 46 vH und Kohle um 81 vH. Dagegen wurden die Erdgaslieferungen aus Rußland in die GUS um 15 vH gesteigert.<sup>8</sup>

Tabelle 1: Konsumgüterhandel\* Rußlands mit ehemaligen Republiken der Sowjetunion (Saldo in Mill. Rubel, Binnenpreise)

Republiken	1990	1991
Weißrußland	-1,57	-1,41
Aserbaidjan	-0,87	-1,83
Georgien	-1,73	-2,09
Lettland	-1,22	-1,14
Ukraine	-1,62	0,12
Litauen	-1,43	-1,58
Moldowa	-1,86	-3,09
Armenien	-0,69	-1,24
Turkmenistan	0,12	0,02
Estland	-0,58	-0,74
Kirgistan	0,12	0,13
Tadjikistan	-0,11	-0,09
Usbekistan	-0,09	-0,19
Kasachstan	1,34	3,82
*einschließlich Lebensmittel		

Quelle: Narodnoje Chosjastwo RSFSR 1990, Statistisches Jahrbuch 1991, S. 44-47; Narodnoje Chosjastwo Rossijskoj Federazii 1992, Statistisches Jahrbuch 1992, S. 40-43.

Alle nunmehr unabhängigen Staaten der ehemaligen Sowjetunion scheinen in besonders hohem Maße von Holzlieferungen aus Rußland abhängig zu sein: Im Jahr 1992 exportierte Rußland in diese Länder 8,9 vH seiner Produktion von Nutzholz. In der Ukraine trugen diese Lieferungen 35 vH und in Kasachstan 70 vH zum jeweiligen Inlandsverbrauch bei. In diesem Produktbereich scheinen russische Anbieter anderen Anbietern eindeutig überlegen zu sein. Im Bereich des Maschinenbaus lieferte Rußland in andere Staaten der GUS etwa 60 vH der

<sup>8</sup> W. Kiritschenko, Chosjaistvennye swjasi stran-tschlenow SNG, in: Ekonomist, Moskau, Nr. 4, 1993, S. 54.

Produktion von Walzwerkanlagen und Diesel-Lokomotiven, 40 vH der Produktion von Mähreschern, Dampfkesseln, Schrappern, Kühlanlagen sowie 30 vH der Produktion von Schmiede- und Preßwerkzeugen, Lastkraftwagen und Personenkraftwagen, Traktoren und Anhängern.<sup>9</sup>

Das Außenhandelsvolumen Rußlands im Handel mit den GUS-Staaten ist nach vorläufigen Schätzungen des IMEMO von 19 vH des gesamten Bruttoinlandsprodukts im Jahr 1991 auf 13 - 14 vH im Jahr 1993 zurückgegangen. Diese Schätzung ist mit Unsicherheiten behaftet, die in mangelhaften statistischen Quellen begründet sind. Andere Stellen kommen jedoch bei ihren Schätzungen gleichfalls zu einem Rückgang der Außenhandelsquote in annähernd gleicher Stärke. Nach Angaben des statistischen Amtes (Roskomstat) hat sich die Außenhandelsquote Rußlands wie folgt entwickelt: 1989: 20,5 vH, 1990: 22 vH, 1991: 21 vH und 1992: 18 vH.<sup>10</sup> Nach einer Schätzung der Wirtschaftszeitung "Kommersant" war der Rückgang der Außenhandelsquote noch stärker: Nach dieser Quelle ging die Außenhandelsquote von 20 vH im Jahr 1991 auf 10 - 12 vH im Jahr 1992 zurück.<sup>11</sup> Nach den Angaben der amtlichen Statistik ist der Warenaustausch Rußlands mit den Staaten der GUS im Jahr 1992 um 34 vH gegenüber 1991 zurückgegangen.<sup>12</sup> Für das Jahr 1993 rechnet das Amt mit einem weiteren Rückgang, und zwar um etwa 40 vH. Der Rückgang des Warenaustauschs überstieg den Rückgang der Produktion im warenproduzierenden Sektor Rußlands bei weitem. Ist dies eine Entwicklung, die für Rußland schädlich ist?

## 2.2 Natur und Effizienz der überkommenen Spezialisierung im intra-regionalen Handel

Die Arbeitsteilung innerhalb der Sowjetunion entsprach nicht der Spezialisierung, die sich bei Wahrnehmung der komparativen Kostenvorteile ergeben hätte. Dies läßt sich anhand eines einfachen Ricardo-Modells belegen. Es wurde in einem ersten Schritt für 13 aggregierte Industriegüterbranchen der GUS berechnet, welche Anteile die einzelnen Branchen in jedem GUS-Staat an den Warenlieferungen nach den jeweils übrigen Staaten der GUS im Zeitraum 1990/91 hatten. In einem zweiten Schritt wurden die Arbeitsproduktivitäten in den jeweiligen Unionsrepubliken berechnet. Anschließend wurde ermittelt, welche Korrelation zwischen den Handelsanteilen und den Arbeitsproduktivitäten bestand. Es wurde festgestellt, daß der Korrelationskoeffizient -0,6 % beträgt. Dies bedeutet, daß die Spezialisierung der Republiken, gemessen an den Ausfuhranteilen der 13 Industriegüterbranchen, um so höher war, je niedriger die Arbeitsproduktivität der jeweiligen Republik der GUS war. Diese negative Korrelation legt den Schluß nahe, daß der inter-regionale Handel in der Sowjetunion die produktivitätsschwachen Wirtschaftssektoren begünstigte.<sup>13</sup>

Welcher Natur die Arbeitsteilung zwischen Rußland und den übrigen Staaten der Sowjetunion war, ob mehr inter- oder intra-industrieller Art, läßt sich mit Hilfe des folgenden Koeffizienten ( $K_1$ ) ermitteln:

<sup>9</sup> Meshregionalny obmen v 1991 godu, in: Vestnik statistiki, Nr. 3, 1992, S. 40.

<sup>10</sup> Bulletin Ekspres-Infornazija, Roskomstat, 1991 - 1993, versch. Hefte.

<sup>11</sup> Torgovlja v SNG, in: Kommersant, Nr. 4, 20. - 27. 1. 1992, S. 13.

<sup>12</sup> O. Bogomolow, Novye mehanizmy torgovli i rastschetov, in: Finansovye Izvestija, Nr. 25, 17. - 23. 4. 1993, S. 2.

<sup>13</sup> W. Ewstigneew, Rasdelenie truda v edinom ekonomitscheskom prostranstve, in: Finazy, Nr. 3, 1992, S. 11 - 13.



$$K_i = \frac{\sum_n (a_n - b_n)}{\sum_n (a_n + b_n)};$$

hierbei sind:

$a_n$  = russische Lieferungen von Erzeugnissen der Branche  $n$ ;

$b_n$  = russische Bezüge von Erzeugnissen der Branche  $n$ ;

$n$  = 123 Güter der Verbrauchs- und Investitionsgüterindustrien.

$i$  = Region

Je größer die Koeffizienten  $K_i$  sind, desto höher ist die inter-industrielle Spezialisierung im Wirtschaftsaustausch zwischen Rußland und den anderen Unionsrepubliken. Die  $K_i$ -Werte wurden für 1980 und 1990 berechnet. Sie betragen für das Jahr 1980: 0,37 und für 1990: 0,31. Die Werte zeigen an, daß trotz der großen Unterschiede in der Faktorausstattung die inter-industrielle Arbeitsteilung gering war und im Laufe der achtziger Jahre sogar zurückgegangen ist. Es bestätigt dies was allgemein vermutet wurde, nämlich daß die sowjetischen Planer Rußland eine relativ hohe Autarkie bei Industriewaren eingeräumt haben. Diese Autarkie dürfte auf Kosten der Effizienz des Handels Rußlands mit den anderen Republiken der Sowjetunion gegangen sein. Auf der anderen Seite bietet nach Einleitung marktwirtschaftlicher Reformen der überkommene Autarkiezustand für Rußland den Vorteil, daß eine Neuorientierung seiner regionalen und sektoralen Spezialisierung unter relativ geringen Friktionen möglich erscheint.

## 2.3 Neue institutionelle Rahmenbedingungen für den Wirtschaftsaustausch

### 2.3.1 Bilaterale Abkommen

Bereits Ende 1990 hat Rußland gegen den Widerstand der damaligen Unionszentrale direkte bilaterale Warenlieferungsverträge mit Kasachstan, Weißrußland und der Ukraine abgeschlossen. Die Abkommen sahen vor, daß Rußland 88 Industrie- und 62 Massenbedarfsartikel liefern und 72 bzw. 65 Waren beziehen sollte.<sup>14</sup> Im Laufe des Jahres 1992 hat sich die Bilateralisierung der Handelsbeziehungen trotz des multilateralen Charakters der GUS wesentlich verstärkt. So wurden von Rußland bilaterale Handelsverträge mit allen übrigen Unionsrepubliken (mit Ausnahme von Georgien) unterzeichnet. Diese Verträge sahen im Jahr 1992 nach Regionen differenzierte Außenhandelsregime vor.

1. Mit den baltischen Staaten wurde vereinbart, daß im Jahresdurchschnitt nur 15 - 20 vH des Außenhandelsvolumens des Jahres 1991 auf der Basis von in Regierungsverträgen vereinbarten "flottierenden Preisen" frei verkehren dürfen.<sup>15</sup>

2. Mit Turkmenistan und der Ukraine wurde vereinbart, daß Restriktionen des bilateralen Handels für einen Teil aufgehoben werden. Der Anteil des freien Handels machte etwa 45 - 50 vH des Außenhandelsvolumens des Vorjahres aus. Allerdings erfolgten die Lieferungen zu "abgesprochenen Preisen"; diese lagen zwischen den freien und den staatlich geltenden Preisen.

<sup>14</sup> Meshgosudarstvenny towaroobmen v 1991 godu, in: Vestnik statistiki, Nr. 6/7, 1992, S. 36.

<sup>15</sup> Torgovlja v SNG, in: Kommersant, Nr. 4, 20. - 27. 1. 1992, S. 12.

3. Mit Weißrußland, Kasachstan, Kirgistan und Usbekistan wurde vereinbart, daß der Warenaustausch im Jahr 1992 frei von staatlichen Eingriffen an der Grenze erfolgen kann.

4. Die Regelungen bezüglich des Wirtschaftsaustausches mit Moldawien, Tadjikistan, Aserbaidjan und Georgien waren weitgehend unklar und unverbindlich. Unternehmen diesseits und jenseits der Grenzen bot sich dadurch die Möglichkeit, nach Belieben Arbitragegeschäfte oder, wie es bei einem Autor heißt, spekulative, grenzüberschreitende Transaktionen durchzuführen.<sup>16</sup>

### 2.3.2 Multilaterale Abkommen

Erst Ende 1992 ging Rußland dazu über, seine Handelsbeziehungen zu den Staaten der ehemaligen Sowjetunion multilateral nach dem Prinzip der Meistbegünstigung umzustellen. Im Jahr 1993 gab es folgende Ländereinteilung: Die baltischen Staaten und Georgien wurden wie Drittländer im allgemeinen - nach dem Prinzip der Meistbegünstigung - behandelt. Für die anderen Staaten der ehemaligen Sowjetunion, mit denen Rußland eine Freihandelszone bildete, wurden Einfuhrpräferenzen - mit einigen Ausnahmen - eingeräumt. Dabei sei erwähnt, daß an allen Grenzen Rußlands zum "nahen Ausland" beiderseitige Zollkontrollen durchgeführt werden.

### 2.3.3 Staatshandel versus privater Handel

Zur Zeit der GUS-Gründung Ende 1991 existierten drei Arten von Warenströmen zwischen Rußland und anderen Unionsrepubliken.<sup>17</sup>

1. Staatshandel mit Gütern, die als volkswirtschaftlich wichtig eingestuft wurden, nach Konditionen, die in zwischenstaatlichen Abkommen festgelegt waren; die Handelsgeschäfte waren Bartergeschäfte; sie umfaßten etwa 170 Warengruppen;<sup>18</sup> die Konditionen der Lieferverträge (z. B. Preise und Warennomenklatur) waren zentral vereinbart;

2. Handel zwischen staatlichen Unternehmen in den jeweiligen Republiken, der nicht durch zwischenstaatliche Abkommen geplant war; je nach Land umfaßte diese Kategorie 1000 - 1500 aus Rußland exportierte bzw. nach Rußland ausgeführte Güter;<sup>19</sup> die Lieferungen erfolgten zu Preisen, die zwischen den Handelspartnern (den Staatsbetrieben) frei vereinbart wurden.

3. Freier Handel zwischen nichtstaatlichen Unternehmen; hierzu ist auch der Handel über Warenbörsen zu rechnen, der Ende 1991/Anfang 1992 einen starken Aufschwung erlebte; die Zahl der Güter, die frei gehandelt werden konnten, war sehr hoch; der Anteil des privaten Handels am gesamten Güterhandel betrug etwa 1/5.

Im Dezember 1991 hatte der russische Ministerpräsident zusammen mit den Staats- und Regierungschefs der übrigen GUS-Staaten ein Abkommen unterzeichnet, das die Produzenten aller Eigentumsformen verpflichtete, im ersten Quartal 1992 mindestens 70 vH

<sup>16</sup> V. Korovkine, La Russie et les perspectives du federalisme en ex-U. R. S. S., in: L'Europe en formation, Nice, Nr. 285, 1992, S. 36 - 37.

<sup>17</sup> E. Jasin, Evoluzija chosjastvennyh svjasej v SNG, in: Obschestvo i ekonomika, N. 1/2, 1992, S. 192.

<sup>18</sup> V. Rozov, S. Evseeva, Zeny v meshgosudarstvennom obmene, in: Ekonomika i zizn, N. 31, 1992, S. 12.

<sup>19</sup> H. Weiss, Zur Währungs- und Handelspolitik Rußlands im Transformationsprozess. Philipps-Universität, Marburg, 1993, S. 28.

des Handels (in laufenden Preisen) des Vorjahres weiterhin mit den bisherigen Partnern "im nahen Ausland" durchzuführen.<sup>20</sup> Gemäß der zwei Monate später unterzeichneten Vereinbarung über die Handelsregelungen wurde den russischen Unternehmen verboten, andere Kunden zu bedienen, solange sie gemäß den bilateralen Verträgen für ihre alten Abnehmer zu produzieren hatten. Im Jahr 1992 erfaßten die bilateralen Handelsabkommen Rußlands mit seinen GUS-Partnern noch 100 - 120 Güter; diese waren weitgehend von der Vertragsschließungsfreiheit ausgeschlossen.

Im Laufe des Jahres 1992 wurde der Handel der russischen Firmen mit Firmen aus den übrigen GUS-Staaten allmählich vom direkten staatlichen Einfluß befreit. Im Jahr 1993 wurde die staatliche Einnischung nochmals deutlich abgeschwächt. Die Staatskontrolle über die russischen Betriebe bei Lieferung an Firmen im GUS-Raum wurde im Jahr 1993 wie folgt ausgeübt:

- Festlegung von Barterlieferungen ausgewählter Waren auf der Basis von Weltmarktpreisen gemäß zwischenstaatlicher Abkommen; die Kompetenzen hierfür wurden an eine neugegründete Behörde für das föderale Kontraktensystem übertragen; die Lieferungen dieser als "besonders bedeutend" bezeichneten Güter wurden auf Dollarbasis abgerechnet.<sup>21</sup>
- Verpflichtung von Betrieben zur Lieferung von "Pflichtlieferungswaren" (vor allem Treibstoffe); die Lieferungen erfolgten zu staatlich vereinbarten Preisen; die Verantwortung für die technische und kommerzielle Abwicklung der Lieferaufträge wird nicht von der russischen Regierung, sondern von den Betrieben selbst getragen.

In den nicht staatlich kontrollierten Warenbereichen konnten russische Unternehmen unabhängig von ihrer Eigentumsform mit Unternehmen aus den übrigen GUS-Staaten handeln. Dieser unkontrollierte Handel ist durch die offizielle Statistik nicht genau erfaßt. Laut Schätzungen des Zentrums für die Wirtschaftsreformen der russischen Regierung hat der Umfang dieses Handels im Jahr 1993 bereits 2/3 des Gesamthandels Rußlands mit der GUS erreicht.

### **2.3.4 Tarifäre und nicht-tarifäre Hemmnisse für den nicht-staatlichen Handel**

Die russische Außenhandelspolitik bedient sich sowohl der Ein- und Ausfuhrzölle als auch des Mittels der Kontingentierung. Im Jahr 1992 wurde der Handel mit GUS-Staaten durch Zölle erschwert, die von Land zu Land unterschiedlich hoch festgesetzt waren. Auch die Kontingentierung und Lizenzierung des Handels mit "strategischen Gütern" wurde eingeführt und trug einen selektiven Charakter. Anfang 1993 wurde die Selektivität der Handelspolitik allmählich reduziert und Prinzipien einer Freihandelszone verstärkt angewendet.

Generell gibt es zur Zeit keine Importzölle für Bezüge aus den GUS-Staaten. Die Ausnahmen von der Gültigkeit der Regelungen einer Freihandelszone sind in allen bilateralen Abkommen mit GUS-Staaten identisch.

Was die tarifäre Belastung von Ausfuhren anbetrifft, so wurde im Februar 1993 erstmals eine Liste der Waren erstellt, deren Ausfuhr aus Rußland mit Zöllen belastet ist. Die Zölle

<sup>20</sup> Protokoll po soglasowaniju meroprijatij..., in: Rossijskaja Gazeta, 3.1.1992, 1992, S. 2.

<sup>21</sup> Roskontrakt - eto garantija nadeschnosti, Delowoy mir, 20. 5. 1993, S. 11.

sind gegenüber allen GUS-Staaten gleich hoch. Lieferungen von Waren, die auf der Basis zwischenstaatlicher Abkommen erfolgen, werden nicht durch Exportzölle belastet.

Die Selektivität der Kontingentierungen und Lizensierungen im Handel mit den übrigen GUS-Staaten wurde 1993 ebenfalls weitgehend beseitigt. Für alle Partner Rußlands wurde eine Liste mit 30 Gütern (überwiegend Rohstoffe und Produkte niedriger Verarbeitungsstufe) zusammengestellt. Güter dieser Liste unterliegen der Kontingentierung durch das Außenwirtschaftsministerium.<sup>22</sup>

Trotz der abnehmenden Selektivität der russischen Außenhandelsregelungen gegenüber GUS-Staaten hat sich im Jahr 1993 die Segmentierung der einzelnen Volkswirtschaften weiter verstärkt. Eine Ursache hierfür war, daß die GUS gegenüber dritten Ländern keine gemeinsame Außenpolitik praktizierte; eine Freihandelszone läßt bekanntlich eine solche unterschiedliche Außenhandelspolitik gegenüber nichtbeteiligten Ländern zu. Mehrere Versuche, die im Zeitraum 1992/1993 unternommen wurden, um die GUS-Freihandelszone in eine Zollunion umzuwandeln, sind gescheitert. Im März 1992 wurde zwar von Rußland, Kasachstan, Kirgistan, Tadjikistan und Usbekistan (später auch von Weißrußland) ein Abkommen über die Prinzipien gemeinsamer Zollpolitik und der Schaffung eines Zollrates unterzeichnet. Das Abkommen sah die Einführung zollfreien Handels innerhalb der Zollunion vor, sowie die schnellstmögliche Beseitigung der nicht-tarifären Beschränkungen und die Harmonisierung des Zolltarifs auf Einfuhren aus Drittländern an den GUS-Außengrenzen. Dieses Abkommen wurde aber von keinem Staat ratifiziert.<sup>23</sup>

Im September 1993 wurde von Rußland und anderen Staaten der ehemaligen Sowjetunion ein Vertrag über die Gründung einer Wirtschaftsunion gezeichnet. Dieser Vertrag sah vor, daß erst am Ende einer längeren Anpassungsphase ein gemeinsamer Außenschutz errichtet werden soll. Im Text des Vertrages war ein sofortiger Stillstand bei der Einführung neuer Zölle vereinbart. Außerdem wurde die allmähliche Beseitigung nicht-tarifärer Handelshemmnisse im Handel untereinander vorgesehen. Zugleich wurde vereinbart, daß die Prinzipien einer Freihandelszone verstärkt werden sollen. In einer späteren Phase sollte eine Zollunion gebildet werden. Die Zollunion sollte in unterschiedlichen Geschwindigkeiten entstehen: Zunächst sollte Rußland, Weißrußland, Kasachstan, Usbekistan, Armenien und Tadjikistan bei der Zollunionsbildung vorangehen. Die Länder Kirgistan, Moldawien, Turkmenistan und die Ukraine sollten später hinzukommen.<sup>24</sup> Auch dieser Initiative blieb der Erfolg in Form einer Ratifizierung versagt.

Das Scheitern dieser zwei Initiativen sowie weiterer Versuche im Laufe der Jahre 1992/1993, eine Art Zollunion zu gründen, ist im wesentlichen auf eine härter werdende Haltung Rußlands zurückzuführen. Die russische Regierung vertritt nämlich anfänglich den Standpunkt, daß zunächst die Koordination der marktwirtschaftlich orientierten nationalen Wirtschaftspolitiken zwischen den Staaten der GUS erreicht werden soll. Solange dies nicht der Fall ist, wird die Bewahrung des Bestands bilateraler Beziehungen zu den

<sup>22</sup> Granizy prosratschnye i neprosratschnye, Delowoy mir, 24. 8. 1993, S. 10.

<sup>23</sup> I. Pogosow, Ekonomitscheskie wsaimootnoschenija meshdu utschastnikami SNG: tendenzii raswitija, in: DM/RSPP, Nr. 11, 1992, S. 17.

<sup>24</sup> Ekonomitscheskij sojuz - na sapad, rubljewaja zona - na wostok, in: Kommersant, Nr. 33, 16. - 22. 8. 1993, S. 15.

GUS-Staaten vorläufig zumindest als eine Politik angesehen, die den ökonomischen Interessen Rußlands besser dient.

## **2.4 Die neue russische Außenhandelspolitik und ihre Wirkungen auf die russische Wirtschaft**

### **2.4.1 Skizze einer vorteilhaften Außenhandelspolitik**

Im Herbst 1991 wurden im Moskauer Institut für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen (IMEMO) Berechnungen durchgeführt, die ergaben, daß von einem rein wirtschaftlichen Standpunkt aus betrachtet folgende Elemente einer russischen Außenhandelspolitik gegenüber den ehemaligen Unionsrepubliken vorteilhaft für Rußland wären:

- Einführung von Zöllen im Handel mit GUS-Staaten in Anlehnung an das Meistbegünstigungsprinzip des GATT.
- Einführung gleich hoher Zölle an den Außengrenzen gegenüber Drittlandsstaaten.
- Abschluß eines multilateralen Abkommens mit Staaten der GUS über eine Liste von Waren, die nach einer Übergangszeit (1 - 2 Jahre) im Abkommensgebiet zollfrei verkehren können.
- Anwendung von Weltmarktpreisen bei gegenseitigen Lieferungen im Raum der ehemaligen Sowjetunion.
- Schaffung eines gemeinsamen Marktes nach dem Übergang zu marktwirtschaftlichen Verhältnissen in den ehemaligen Unionsrepubliken und nach Etablierung eines vom Staat unabhängigen Waren- und Dienstleistungssektors.

Dieses Konzept eines neuen Außenhandelsregimes ist bis heute bei weitem noch nicht verwirklicht; lediglich einzelne Elemente fanden Eingang in die praktische Außenhandelspolitik. Welche Auswirkungen hätte die vollständige Anwendung eines solchen Konzepts auf die russische Wirtschaft? Wenn die Auswirkungen per saldo für Rußland unvorteilhaft wären, so wäre es vernünftig, eine andere Politik zu formulieren.

### **2.4.2 Änderung der relativen Preise, der Handels- und der Produktionsstrukturen**

Wie Marktuntersuchungen nahelegen, ist mit der Erhöhung von Preisen für russische Ausfußgüter der chemischen Industrie, des Maschinenbaus sowie der Eisen- und Stahlindustrie zu rechnen. Werden diese Preisänderungen von den Importeuren der übrigen GUS-Republiken nicht akzeptiert und die Waren also nicht oder nur in geringerem Umfang gekauft, so führte dies zu Absatzrückgängen bei russischen Unternehmen. Eine solche Wirkung ist sehr wahrscheinlich, weil der Maschinenbau, die Chemie sowie die Eisen- und Stahlindustrie gegenüber Weltmarktanbietern wenig konkurrenzfähig sind (Tabelle 2). Bei Erzeugnissen, bei denen russische Anbieter vermutlich auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig sind, ist hingegen zu erwarten, daß zusätzliche Mengen im Ausland nachgefragt werden. Exporte und die Preise dieser Waren steigen vermutlich. Beispielsweise ist dies bei den Produkten Erdöl und Erdgas, NE-Metalle und Holz (Tabelle 2) zu erwarten. Die Ausfußsteigerung bei diesen Produkten würde zu einer Passivierung der Handelsbilanz, die in den wettbewerbsschwachen Sektoren stattfände, entgegenwirken.

Die Änderungen der Preisrelationen russischer Ausfuhrtüter bewirkt, daß sich die Struktur der Exporttüterproduktion und damit auch die gesamtwirtschaftliche Produktionsstruktur wandelt. Ein solcher Strukturwandel ist mit Kosten verbunden. Einer Verschlechterung der Einkommens- und Beschäftigungschancen in einigen Branchen steht zwar eine Verbesserung in anderen Sektoren gegenüber. Jedoch verlangt der Strukturwandel eine hohe regionale und berufliche Mobilität, die vermutlich unter den gegebenen institutionellen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht gegeben ist. Überdies ist zu berücksichtigen, daß der zu erwartende Wandel der Regionalstruktur der russischen Ausfuhr die Handelspartner im GUS-Raum vor größere Anpassungsprobleme stellt. Eine Reaktion hierauf könnte sein, daß das Potential für die Lieferungen von Vorleistungen aus den GUS-Republiken, auf die die russische Leichtindustrie und Ernährungsindustrie angewiesen sind, abnimmt. Schließlich ist zu bedenken, daß die Preiselastizität bei Industrieerzeugnissen (insbesondere bei Erzeugnissen des Maschinenbaus) aufgrund von Hysteriseffekten, die nach der Teilung des einheitlichen, planwirtschaftlichen Raums präsent sein werden, gering ist.

Die Anpassung der Binnenpreise an die Weltmarktpreise dürfte in der russischen Wirtschaft von Branche zu Branche unterschiedliche Wirkung entfalten:

- Russische Unternehmen, die international konkurrenzfähige Waren produzieren, könnten versuchen, ihre Erzeugnisse in wachsendem Umfang in Nachbarländern und nicht auf dem weniger lukrativen Binnenmarkt abzusetzen. Als Folge würden die Absatzpreise für diese Güter auf dem russischen Markt zwangsläufig steigen. Im Laufe des Jahres 1993 zeigte sich, daß in einigen Sektoren die heimischen Preise das Weltmarktpreisniveau überstiegen.
- Einfuhrtüter könnten durch Erzeugnisse russischer Betriebe ersetzt werden. Auch dies ginge wohl mit einem Anstieg der Preise einher. Diese Vermutung wird durch Entwicklungen im Jahr 1992 bestätigt: So wurden die Bezüge von Textilien aus den baltischen Staaten, von elektrotechnischen Erzeugnissen aus Weißrußland und von Röhren aus der Ukraine teilweise durch Erzeugnisse russischer Unternehmen ersetzt. Die Preise der einheimischen Erzeugnisse waren zwar niedriger als die im Jahr 1992 substituierten ausländischen Güter, jedoch ergab sich im Vorjahresvergleich - auch unter Berücksichtigung der Inflation - ein Preisanstieg auf dem russischen Markt.<sup>25</sup>
- Wenn Importwaren aus ehemaligen Unionsrepubliken nicht durch heimische Produkte ersetzt werden können, so verursacht dies eine Verknappung, die mit weit höheren Preissteigerungen einhergehen kann als im Falle der Imports Substitute. Verknappungserscheinungen wurden insbesondere bei Agrarerzeugnissen und Halbwaren für die Leicht- und Ernährungsindustrie beobachtet. Die Nachfrage nach diesen Erzeugnissen ist preisunelastisch. Entsprechend ist die Preisflexibilität hoch, was die starken Preissteigerungen für diese Erzeugnisse im Jahr 1992 erklären mag.

<sup>25</sup> W. Korowkin, Opyt ES dlja ekonomitscheskogo soobstchestwa suwerennyh respublik, in: MEiMO, Nr. 1, 1992, S. 95 - 105.

Tabelle 2: Potentieller Angebotsüberschuß einiger russischer Industriebranchen nach einem (hypothetischen) Abbruch des intra-regionalen Handels in der GUS (auf Basis des Jahres 1992, in Prozent der inländischen Produktion)

Konkurrenzfähige Branchen	vH	Nichtkonkurrenzfähige Branchen	vH
Erdöl- und -gasindustrie	17,39	Chemische Industrie	4,57
Holzindustrie	16,40	Eisen- und Stahlindustrie	3,69
NE-Industrie	12,63	Maschinenbau	3,49
Kohlegewinnung	5,87	Elektroenergetik	2,74
		Produktion von Baumaterialien	1,67

Quelle: Kommersant, N 43, 23. - 29. 10. 1992, S. 10.

Die beschriebenen relativen Preisänderungen führten in der russischen Wirtschaft zu einer Reihe realwirtschaftlicher Anpassungen<sup>26</sup>:

- Die inländische Produktion von Importsubstituten nahm zu. Es war nicht selten zu beobachten, daß die Produkte, die früher nach Maßgabe des Gosplans in anderen Republiken produziert wurden, von sogenannten Kleinunternehmen in Rußland hergestellt wurden. Bei diesen Kleinunternehmen handelt es sich meistens um Betriebsteile von Großbetrieben, die im Laufe der Jahre 1990 und 1991 von ihren Direktoren quasi ausgegliedert und im Zeitraum 1992/1993 endgültig unter eigene (Eigentümer) Kontrolle gestellt wurden. Die Produktionsschwerpunkte liegen vor allem bei Konsumgütern und Zwischenprodukten des Maschinenbaus;
- Der Übergang zu energiesparenden Technologien in der Binnenwirtschaft wurde beschleunigt, weil mit zunehmenden Ausfuhren von Energieressourcen zu Weltmarktpreisen die heimischen Energiepreise anstiegen und Einsparung von Energie lohnend wurde;
- Die Produktion in russischen Großbetrieben nahm ab; die Abschaffung der Preissubventionen trug dazu bei, daß die Nachfrager in den übrigen GUS-Staaten auf günstigere Anbieter auswichen.

#### 2.4.3 Zunehmende Bedeutung der Transportkosten als Standortfaktor

In der zentralen Planwirtschaft hatte jedes Ministerium ständig versucht, die von ihm verwalteten Branchen mit Vorleistungen aus eigenen Betrieben zu versorgen. Dieses Bestreben um Autarkie half offensichtlich, Versorgungsengpässe, die bei stärkerer Arbeits-

<sup>26</sup> Pora letschit "gollandskuju bolesn", in: Delowoy mir, 3. 12. 1992, S. 4.

teilung mit anderen Ministerien und Branchen entstanden, mehr oder weniger gut zu überwinden. Nach Anpassung der relativen Preise an die Knappheiten und Nachfragepräferenzen hat der Anteil der Transportkosten an den Produktionskosten stark zugenommen. Dies verändert die Warenströme und führt zu einer Veränderung der Raumstruktur der Produktion und des Verbrauchs. Insbesondere der Handel mit Rohstoffen und anderen Massengütern ist vom Transportkostenanstieg betroffen. Beispielsweise erwiesen sich im Jahr 1991 die Lieferungen von Energieträgern und Strom zwischen Rußland einerseits und der Ukraine, Kasachstan, und Aserbaidjan andererseits für ca. 12 vH des gesamten Austauschs aus Transportkostengründen nicht mehr als wirtschaftlich.<sup>27</sup> Auch die Standorte der Rüstungsindustrien verloren allein aus Transportkostengründen an Wettbewerbskraft. Für die Standortwahl der Unternehmen des Militärkomplexes war unter den Bedingungen der Planwirtschaft nicht die ökonomische Zweckmäßigkeit, sondern die bestmögliche Tarnung relevant. Die Bezüge und Lieferungen der Rüstungsindustrieunternehmen wurden so gestaltet, daß die Aufklärung ausländischer Staaten möglichst verwirrt wurde und man nicht rekonstruieren konnte, woher Zwischenprodukte stammen und für welche Betriebe sie vorgesehen sind.

Über die Veränderung der regionalen Struktur der Austauschbeziehungen zwischen russischen Regionen und Regionen in den übrigen GUS-Staaten in den ersten Jahren nach Beginn der marktwirtschaftlichen Reformen können Gravitationsmodelle Aufschluß geben. Das hier verwendete Gravitationsmodell lautet in Gleichungsform:

$$X_{i,j} = a_0 + a_1 Y_i + a_2 Y_j + a_3 D_{i,j};$$

wobei

$X_{i,j}$  = Ausfuhr der russischen Region i in den GUS-Staat j;

$Y_i, Y_j$  = Nationaleinkommen der Region i bzw. des GUS-Staates j;

$D_{i,j}$  = Entfernung zwischen den wirtschaftlichen Zentren der Regionen i und j.

In die Berechnungen gingen Angaben von 28 Regionen des europäischen Teils der russischen Föderation und des Urals einerseits und Angaben von fünf der wichtigsten Partnerstaaten der russischen Föderation innerhalb der GUS (Ukraine, Weißrußland, Kasachstan, Usbekistan und Kirgistan) ein. Die wirtschaftlichen Zentren der jeweiligen Regionen wurden nach Maßgabe der geografischen Verteilung der Beschäftigten in den jeweiligen Regionen bestimmt; der Teil der Region, der den größten Beschäftigtenanteil aufweist, gilt als wirtschaftliches Zentrum der Region. Ob unter Transportkostenaspekten der Wirtschaftsaustausch zwischen den Regionen vorteilhafter geworden ist, kann anhand der Entwicklung des Koeffizienten  $a_3$  festgestellt werden. Dieser Koeffizient hat sich von -0,163 im Jahr 1990 auf -0,337 im Jahr 1992 verändert. Die Koeffizienten der Variablen des Nationaleinkommens sind annähernd stabil geblieben.

Diese Entwicklung belegt, daß die Transportkostennachteile peripherer Regionen in einer Abnahme der Handelsintensität zu Lasten der peripheren Regionen sichtbar werden. Mit anderen Worten: Die Zerstörung der traditionellen regionalen Wirtschaftsverflechtung der Republiken der ehemaligen Sowjetunion ist in vollem Gang. Der Anstieg der Transportkosten trägt zu dieser Zerstörung in signifikanter Weise bei. Die natürliche geografische

<sup>27</sup> Utschenye zapiski IMEMO, Otschet sa 1991 god, Moskau, 1992, S. 28.



Nähe zwischen den Partnern spielt zunehmend die Rolle, die ihr die Raumwirtschaftstheorie zuweist.

Diese Rechenergebnisse stützen die Prognose, wonach "der Übergang zu Marktpreisen ... eine völlige Neubewertung des Kapitalstocks und der Produktion verursacht. Dadurch wird nicht nur ein enormer sektoraler Umstrukturierungsprozeß eingeleitet, sondern auch eine gravierende regionale Verschiebung der Standorte erfolgen".<sup>28</sup>

Der ökonomisch erzwungene Rückgang grenzüberschreitender Lieferungen russischer Großbetriebe trägt dazu bei, daß die Monopolstrukturen zerfallen. Auch die kleineren Republiken innerhalb der GUS könnten daraus Nutzen ziehen, weil sich Chancen für die Gründung neuer Industrieunternehmen eröffnen. Es liegen Hinweise vor, wonach junge Unternehmen im Wettbewerb mit russischen Großbetrieben erfolgreich sind.

#### 2.4.4 Anpassungsprozesse auf betrieblicher Ebene

Die These, wonach Rußland durch die Neuorientierung der regionalen und sektoralen Handels- und Produktionsstrukturen gewinnt, läßt sich auch anhand von drei Fallstudien dokumentieren. Für drei Branchen der russischen Maschinenbauindustrie wurden Fallstudien der Anpassungsprozesse durchgeführt. Es handelt sich um die Herstellung von Landwirtschaftsmaschinen, Baumaschinen und Werkzeugmaschinen, die, gemessen an der Höhe der jeweiligen Ausfuhrquote in den GUS-Raum, einen mittleren Rang bezüglich der Außenhandelsintensität des Maschinenbaus insgesamt einnehmen und auch nach anderen Kriterien den gesamten Maschinenbau recht gut repräsentieren. Es wurden die Anpassungen auf betrieblicher Ebene analysiert. Der Umsatz der untersuchten Betriebe beträgt über 80 vH des Gesamtumsatzes der jeweiligen Branche. Die Untersuchung ergab, daß Rußland auf der Ebene der Endproduktion (Stufe III, 150 Güter) etwa 80 vH der inländischen Nachfrage durch inländische Produzenten befriedigt; es wurde hierbei das maximal mögliche Produktsortiment anhand der Warennomenklatur erfaßt. Auf der Ebene der Zwischenprodukte (etwa 1000 Waren, die ausschließlich bei der Endmontage Verwendung finden und kaum alternative Verwendungen haben, Stufe II) betrug der "Selbstversorgungsgrad" 66 vH. Für die etwa 6500 Vorleistungsprodukte, die sowohl für die Endprodukte der untersuchten Branchen als auch für andere Maschinenbauerzeugnisse verwendet werden können (Stufe I) schwankten die Selbstversorgungsgrade zwischen 88 und 92 vH.<sup>29</sup>

Daraus ergibt sich, daß es für die russische Industrie trotz der überkommenen wirtschaftlichen Verflechtung innerhalb des postsowjetischen Raums technisch sehr leicht möglich ist, die Inlandsnachfrage in weitgehendem Maße mit Hilfe inländischer Produktionsanlagen zu decken. Die russischen Nachfrager nach Maschinenbauerzeugnissen können leicht auf den Teil des früheren intra-regionalen Handels verzichten, der unter marktwirtschaftlichen Bedingungen nicht vorteilhaft ist. Der Beitrag der russischen Produzenten zur inländischen Marktversorgung könnte noch gesteigert werden, wenn die Produktion einheimischer Vorleistungen (auf Stufe I) zum Zwecke der Importsubstitution erhöht würde.

<sup>28</sup> L. Chrilev, Vsaimodejstvie respublik, in: *Ekonomika i zizn*, Nr. 17, 1992, S. 10; eigene Berechnungen.

<sup>29</sup> H. Clement, Die Neugestaltung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Republiken der GUS, in: Osteuropa-Institut, Working Papers, Nr. 157, Dezember 1992, S. 25.

### 2.4.5 Dependenz der russischen Wirtschaft von grenzüberschreitender Arbeitsteilung

Die These von der geringen Dependenz russischer Betriebe im intra-regionalen Austausch mit den übrigen Staaten der ehemaligen Sowjetunion wurde weiter erhärtet mit Hilfe von Input-Output-Tabellenkalkulationen. Die erste Kalkulation wurde mit Hilfe von Input-Output-Matrizen auf der Ebene aggregierter Branchen und von zwei Regionen (Rußland und der übrige Teil der ehemaligen Sowjetunion) durchgeführt. Die Ergebnisse sind in Tabelle 3 zusammengestellt. Sie belegen, daß

- der Abbruch aller Lieferungen aus Rußland zwar für seine Partnerstaaten einen schweren Schock bedeuten würde, für Rußland selbst aber keinen besonders starken negativen Einfluß hätte;
- bei einem Abbruch der Lieferungen wichtiger Waren von GUS-Staaten nach Rußland die Wirkung auf das Nationaleinkommen Rußlands fast gleich hoch ist wie die Wirkung für das Nationaleinkommen der Lieferländer.

Tabelle 3: Dependenz vom Wirtschaftsaustausch, Rußland und die anderen Staaten der ehemaligen Sowjetunion, in vH

Handelsbeschränkende Maßnahmen	Änderung des Nationaleinkommens gegenüber dem Status quo in vH in Rußland	Änderung des Nationaleinkommens gegenüber dem Status quo in vH in den Partnerstaaten
- Abbruch aller Kontakte mit Rußland	-4,4	-34,3
- Einstellung der Ausfuhren aus Rußland		
von Erdöl und Erdgas	-6,0	-35,8
von Eisen- und Stahlerzeugnissen	-1,9	-18,2
von chemischen Erzeugnissen	-1,1	-33,2
von Holz	0,1	-36,8
- Einstellung der Ausfuhren nach Rußland		
von Konsumgütern	-11,7	-6,4
von Lebensmitteln	-5,8	-7,7

Quelle: F. Klowzow, D. Maznew, W. Safronow, "Rossia w systeme meshrespublikanskich otnoschenij", in: Rossijskij ekonomitscheskij shurnal, Nr. 3, 1933, S. 6-9.

In einer Simulationsstudie wurden die kurzfristigen Effekte eines völligen Abbruchs der Wirtschaftsbeziehungen Rußlands zu den übrigen Staaten der ehemaligen Sowjetunion untersucht.<sup>30</sup> Nach den Ergebnissen dieser Studie könnte Rußland trotz des völligen

Ausfalls von Lieferungen aus den Nachbarstaaten etwa 64,5 vH seiner Endproduktion (vor Abbruch der Lieferung) weiter herstellen. Für seine Handelspartner sähe die Situation so aus: Kirgistan könnte noch 4,3 vH, Weißrußland 8,4 vH, Ukraine 14,8 vH, Kasachstan 27,1 vH, Aserbaidjan 31 vH der Endproduktion aufrechterhalten. Obwohl es sich hier um die kurzfristigen Wirkungen eines externen Schocks handelt und das mittel- und langfristige Adaptationspotential nicht berücksichtigt ist, zeigen diese Ergebnisse der Simulationsstudie deutlich, daß die komparativen Folgen des Handelsabbruchs für Rußland gering sind.<sup>31</sup>

---

<sup>30</sup> *Economitscheskie otnoschenija v SNG: posledstvija dlja Rossii*, IMEMO, 1992, interner Bericht.

<sup>31</sup> Granberg, *Meshrespublikanskije ekonomitscheskie swjasi*, in: *Westnik Rossijskoj Akademii Nauk*, Nr. 2, 1992, S. 12 - 14.

### 3. Beziehungen Rußlands zu den GUS-Staaten im monetären Bereich

#### **3.1 Zahlungsmodalitäten bei Warenlieferungen**

Nach Übergang zur Phase der "radikalen" Wirtschaftsreform im Januar 1992 mußte die russische Regierung das System der Geldüberweisungen (Bargeld- und Buchgeldüberweisungen) in der GUS ändern. Über Jahrzehnte lang waren in der Sowjetunion unbare Überweisungen und Bargeldtransaktionen voneinander getrennte Formen des Geldverkehrs. Auf die unbaren Überweisungen entfielen Ende 1991: 89 vH des gesamten Geldverkehrs. Ein nicht-bares Konto bedeutete für ein Unternehmen das Recht auf den Ankauf genau bestimmter Waren (Mengen), die vorher vom staatlichen Versorgungskomitee (Gosstab) gebilligt werden mußten.

Nach der Auflösung der Sowjetunion verfügte nur Rußland über die Druckkapazitäten für die Emission von Bargeld. Deshalb wurde die russische Zentralbank angewiesen, von 1992 an die ehemaligen Unionsrepubliken mit Bar-Rubel zu beliefern. Die Zentralbanken dieser Staaten konnten zugleich unbare Kredite in Rubel einheimischen Betrieben einräumen (direkt in den Staaten, in denen das administrativ gesteuerte Wirtschaftssystem bestehen blieb oder über kommerzielle Banken in den Staaten, in denen marktwirtschaftliche Institutionen eingeführt wurden). Diese durch keine Aktiva gesicherten Geldmengen wurden zu einem Teil für Einkäufe auf dem russischen Markt verwendet, weil hier wesentlich mehr Waren zu niedrigeren Preisen vorhanden waren als auf den Märkten der übrigen GUS-Staaten. Für die Importeure in den neuen souveränen Staaten waren die Preishöhe der russischen Güter ziemlich gleichgültig, weil sie praktisch unbegrenzten Zugang zu unbaren Rubeln hatten. Rußland brachte die Rolle des Bargeldemittenten folgende Nachteile:

- eine Aktivierung der Handelsbilanz, der kein entsprechend großer Import von Forderungen gegenüber den GUS-Staaten entgegenstand; Waren wurden gegen Bargeld, d.h. Papierblätter, oder Buchgeld an die neuen, unabhängig gewordenen Staaten geliefert, Geld, das Rußland selbst emittierte;
- eine restriktive Geldpolitik wurde der russischen Zentralbank verwehrt, weil die ausländischen Akteure über die Höhe der Geldmenge mitentschieden; der ungehemmte Zufluß von Rubeln aus dem Ausland blähte die inländische Geldmenge in Rußland immer stärker auf; entsprechend beschleunigte sich der Anstieg des Preisniveaus in Rußland.

In den Jahren 1992 und 1993 änderte die russische Regierung viermal die Zahlungsmodalitäten bei Lieferungen von russischen Waren in die Staaten, in denen der Rubel gesetzliches Zahlungsmittel blieb:

- Im Januar bis Februar 1992 waren die Rubelüberweisungen nach Rußland ohne jede Beschränkung durch die russischen Instanzen möglich. Nur im Zahlungsverkehr mit baltischen Staaten wurden Maßnahmen zur Beschränkung der Schöpfung von Rubel-Buchgeld eingeführt. Es wurden Exportlizenzen für besonders stark nachgefragte russische Waren eingeführt und auf Auktionen meistbietend versteigert. Außerdem mußten die kommerziellen Banken die unbaren Überweisungen aus den baltischen Staaten bei der russischen Zentralbank melden.<sup>32</sup>
- Im März 1992 wurde ein System zur Erfassung aller grenzüberschreitender Rubel-Bewegungen eingeführt. Jede Transaktion mußte bei einem staatlichen Institut Rußlands gemel-

<sup>32</sup> Torgovlja v SNG, in: Kommersant, Nr. 4, 20. - 27. 1. 1992, S. 12.

det werden. Damit konnte zum erstenmal die tatsächliche Handelsbilanz im Verkehr mit anderen GUS-Ländern errechnet werden. Die Überwachung der Zahlungsströme im Intra-GUS-Handel sollte die Möglichkeit schaffen, die Lieferung von Bargeld aus Rußland vom Zufluß unbarer Geldmengen aus den Staaten der Rubel-Zone zu trennen. Dieses System brachte Rußland aber nicht das erhoffte Ergebnis. Die Zentralbanken der GUS-Staaten gaben nämlich, entgegen ihrer Verpflichtung, ihre Kreditemission offiziell nicht an. Im Zeitraum Januar bis Mai 1992 erreichte die bei der Zentralbank Rußlands registrierte Nettoverschuldung der Staaten der Rubel-Zone bei der bargeldlosen Finanzierung von Wareneinfuhren aus Rußland 320 Mrd. Rubel. Die Hälfte hiervon entfiel auf die Ukraine. Die Zentralbank der Ukraine räumte allein im Juni 1992 den einheimischen staatlichen Betrieben etwa 700 Mrd. Rubel in Form von unbaren Krediten ein. Dies bedeutete eine Verdoppelung der kurzfristigen Schulden gegenüber Rußland gegenüber den ersten fünf Monaten des gleichen Jahres.<sup>33</sup>

- Im Juli 1992 führte die russische Zentralbank einschneidende Änderungen des Abrechnungssystems ein. Jede Zentralbank der GUS-Staaten mußte ein Konto bei der russischen Zentralbank eröffnen. Die Zahlungen zwischen den Betrieben der GUS-Partnerstaaten mußten über diese Konten der Zentralbanken abgewickelt werden. Ab sofort sollte kein Zahlungsbilanzüberschuß zugunsten Rußlands mehr möglich sein. Die russischen Betriebe durften in das jeweilige Land nur in dem Umfang exportieren, in dem aus diesem Land bereits importiert worden war. National geschöpfte Rubel, die über das Finanzierungsvolumen der Exporte hinausgingen, konnten nicht mehr zur Verrechnung mit Warenlieferungen aus Rußland herangezogen werden. Falls weder Guthaben aus Exporten nach Rußland vorhanden sind, noch ein Kreditrahmen besteht, wird die unbare Deckung russischer Lieferungen an GUS-Staaten von der russischen Zentralbank quasi verhindert, indem sie eine Geldüberweisung aus dem Ausland auf das Konto des russischen Exportbetriebes verweigert. Dieses System war wirksam. Die russische Zentralbank gewann wieder Autonomie bei der Geldpolitik zurück: Die Geldemission konnte nun nicht mehr durch unbare Rubelschöpfung im Ausland unterlaufen werden. Der Systemwechsel brachte für den Wirtschaftsaustausch einige Nachteile: Da das Clearingsystem auf bilateraler und nicht auf multilateraler Grundlage angewendet wurde, konnte ein Überschuß im Zahlungsverkehr mit einem Staat nicht durch ein Defizit gegenüber einem anderen Staat ausgeglichen werden. Dies hatte zur Folge, daß der Handelsaustausch in der GUS stärker schrumpfte, als es bei Einführung eines multilateralen Zahlungsausgleichssystems der Fall gewesen wäre. Ein weiterer Nachteil war, daß Zahlungen sich erheblich verzögerten. Auch wenn das Korrespondenzkonto des entsprechenden GUS-Landes einen positiven Saldo bei der russischen Zentralbank aufwies und in Höhe des Guthabens Einfuhren aus Rußland getätigt wurden, hat sich gezeigt, daß es Wochen dauerte, bis das Geld über regionale Rechnungszentren der Zentralbank Rußlands auf das Konto des jeweiligen russischen Betriebes überwiesen war. Den Betrieben entstanden hierdurch in Höhe der entgangenen Zinsen bzw. in Höhe der Fremdfinanzierungskosten Verluste. Solche Zahlungsmodalitäten staatlicher Institute stehen wohl kaum in Einklang mit einer Politik, die darauf gerichtet ist, die Unabhängigkeit der Betriebe von staatlichen Instanzen zu gewährleisten.

Da Rußland mit allen Nachfolgestaaten der Sowjetunion einen Handelsüberschuß hatte und dieser nicht abrupt beseitigt werden sollte, wurden zeitgleich mit der Einführung des neuen

<sup>33</sup> Über die Geld- und Kreditpolitik in Rußland Ende 1992 und im Jahr 1993, Interner Bericht der Zentralbank Rußlands, November 1992, S. 14 - 15.

Abrechnungssysteme technische Kredite an die Nachbarstaaten gewährt. Ursprünglich waren sie für die zweite Jahreshälfte 1992 im Umfang von 215 Mrd. Rubel geplant. Dieser Plafond wurde schon bald überzogen; die tatsächliche Kreditgewährung erreichte 600 Mrd. Rubel.

Das Instrument der technischen Kredite wurde in der ersten Hälfte 1993 beibehalten. Die Kreditlinie wurde auf 865 Milliarden Rubel für das erste Halbjahr 1993 festgesetzt. Diese galt für die Gesamtheit der Handelspartner Rußlands mit Ausnahme von Kasachstan, für das keine Kreditlinie eingeplant wurde.<sup>34</sup> Das Volumen der technischen Kredite wurde also nominal erheblich ausgeweitet ungeachtet der Tatsache, daß die Ukraine (mit Abstand das größte Nehmerland von technischen Krediten im Jahre 1992) die Rubelzone 1993 verlassen hatte und deshalb eigentlich nur mit begrenzter Finanzierung seiner Einfuhren durch Rußland rechnen durfte. Grundsätzlich sollte der Austausch auf Basis der nationalen Währungen zu den jeweils gültigen Umtauschkursen zwischen Rubel und Karbowanez finanziert werden.

Insgesamt hat Rußland - wie die Wirtschaftszeitung "Kommersant" berichtet - den ehemaligen Unionsrepubliken nicht-technische (unfreiwillige Kredite) im ersten Halbjahr 1992 und technische Kredite (im zweiten Halbjahr 1992 und ersten Halbjahr 1993) im Umfang von etwa 2190 Mrd. Rubel gewährt.<sup>35</sup> Der Tabelle 4 ist zu entnehmen, wie sich die Kredite im Laufe der Zeit entwickelt haben. Nach den Angaben der russischen Zentralbank war die Höhe dieser Kredite nicht ganz so hoch; sie gibt die Höhe mit unter 2000 Mrd. Rubel an.

Tabelle 4: Finanzbeziehungen Rußlands mit den Staaten der ex-Sowjetunion 1992 - 1993 (Russische Kredite und Bargeldlieferungen in Mrd. Rubel, in vH)

Quartalsangaben	Unbare Kredite	Bargeld-lieferung	Insgesamt	in vH vom BIP
I. 1992	40,2	21,8	62,0	4,6
II. 1992	273,9	37,5	311,4	11,7
III. 1992	312,6	138,1	450,7	10,6
IV. 1992	289,6	211,2	500,8	7,5
I. 1993	530,8	460,4	991,2	6,6
II. 1993	742,5	689,8	1432,3	5,1
III. 1993	310,0	290,0	600,0	2,0

Quelle: Kommersant, Nr. 20, 17. - 23. 5. 1993; eigene Berechnungen.

Ab Juli 1993 werden von Rußland keine technischen Kredite an die Staaten der ex-Sowjetunion mehr eingeräumt. Laut einer Verordnung des russischen Parlaments sollen die von

<sup>34</sup> Rubl za granicej, in: Ekonomika i zizn, Nr. 15, April 1993, S. 5.

<sup>35</sup> Ekonomitscheskij sojuz - na sapad, rubljewaja zona - na wostok, in: Kommersant, N 33, 16-22 August, 1993, S. 16

Rußland bisher gewährten technischen Kredite in die offiziell anerkannten Schulden der GUS-Staaten umgewandelt werden. Neue zwischenstaatliche Kredite sollen ab sofort mit einem Aufschlag (pro Jahr) von 1 bis 4 vH zum LIBOR-Zinssatz verzinst werden - die Umrechnung erfolgt auf Dollarbasis. Wenn das jeweilige Land sich als zahlungsunfähig erklärt, können seine Schulden in russische Eigentumsrechte an seinem Vermögen transformiert werden.<sup>36</sup>

Für das zweite Halbjahr 1993 wurde von der russischen Regierung geplant, die Kreditlinie für Staaten der ehemaligen Sowjetunion auf 800 Milliarden Rubel festzusetzen. Im Unterschied zu den vorangehenden 12 Monaten wurde diese Kreditlinie aber nicht ausgeschöpft. Nach vorläufigen Schätzungen wurden von den kreditnehmenden Staaten nur rund 2/3 der Kreditfazilität in Anspruch genommen. Hierfür gibt es drei Gründe:

- Die russische Haltung bezüglich der Rückzahlung der Kredite ist viel härter geworden;
- Die Kreditnehmer haben Angst unter diesen (neuen) Bedingungen der Kreditvergabe in eine (noch) stärkere Abhängigkeit von Rußland zu gelangen;
- Kredite wurden obsolet, weil weitere Staaten eigene Währungen schufen und andere Formen der Außenhandelsfinanzierung einführten.

Ende 1993 existierten grundsätzlich sechs Mechanismen bei der Finanzierung von Warenlieferungen im Handel zwischen Rußland und seinen Partnern innerhalb des Raumes der ehemaligen Sowjetunion. Diese Mechanismen sind - nach ihrer Bedeutung geordnet - folgende:

1. Bilaterale Verrechnungen erfolgen zwischen den Korrespondenzkonten der nichtstaatlichen Banken, die jeweils entsprechende Genehmigungen von der russischen bzw. der nationalen Zentralbank des Handelspartners bekommen haben. Der aktuelle Kontostand soll der Zentralbank Rußland ständig gemeldet werden. Die russischen Banken sind verpflichtet, das Konto so zu führen, daß die Forderungen die Verbindlichkeiten jederzeit übersteigen. (Um diese Pflicht zu umgehen, werden Umwege -z.B. Gründung von joint ventures - eingeschlagen).
2. Abrechnungen erfolgen unmittelbar über das Korrespondenzkonto des jeweiligen Staates bei der russischen Zentralbank.
3. Es werden bilaterale Barter-Geschäfte ohne Anwendung von Zahlungsmitteln durchgeführt.
4. Leistungen des russischen Lieferanten werden in Bar-Rubeln bezahlt, obwohl dies eigentlich von der Zentralbank Rußlands nicht zugelassen ist.
5. Vom Devisenkonto des ausländischen Warenempfängers werden Devisen auf das Devisenkonto des russischen Lieferanten bei einer westlichen Bank überwiesen (dafür kann auch das Konto einer westlichen Vermittlerfirma benutzt werden).

<sup>36</sup> O gosudarstvennykh kreditach pravitelstvam gosudarstw - bywsich respublik SSSR. Verordnung Nr. 5301-1, in Delowoy mir, 11.8.1993.

6. Es werden multilaterale Bartergeschäfte getätigt mit anschließender Verrechnung der Netto-bezüge bzw. Nettolieferungen bei der russischen Industrie- und Handelskammer auf der Basis von Rubeln zu laufenden Umfautschkursen.

### 3.2 Fakturierung und Finanzierung nach westlichem Vorbild

Die meisten der oben beschriebenen Fakturierungs- und Finanzierungstechniken sind wenig effizient und dürften verschwinden, wenn sie dem Wettbewerb der internationalen Märkte ausgesetzt werden. Eine Anpassung der Rechnungslegung im Außenhandel Rußlands an westliche Gepflogenheiten hätte Auswirkungen auf die russische Volkswirtschaft und auf die Volkswirtschaften der russischen Handelspartner, die bedacht werden müssen.

#### 3.2.1 Fakturierung zu Weltmarktpreisen

Wenn die Rechnungen über Lieferungen russischer Waren in die Staaten der damaligen Sowjetunion zu Weltmarktpreisen ausgestellt würden, so wäre damit zu rechnen, daß Rußlands terms of trade sich verbessern würden. Wären schon 1991 Lieferungen an die GUS-Staaten zu Weltmarktbedingungen abgewickelt worden, hätte Rußland einen zusätzlichen Überschuß von 19 Milliarden Dollar im Export erzielen können. Davon würden 6 Milliarden Dollar im Handel mit der Ukraine, 5 Mill. im Handel mit Weißrußland und 2 Mill. im Handel mit Litauen erzielt worden sein (bei unverändertem Mengengerüst des Warenaustauschs).<sup>37</sup>

Im vierten Quartal 1992 betragen die effektiven Preise bei Lieferungen in die GUS-Staaten bei Erdöl 34 vH, bei Erdölprodukten 24 bis 38 vH, bei Erdgas 51 vH und bei Holz 8 vH des jeweiligen Weltmarktpreises. Rußland wurde zwar auch aus diesen Staaten zu Preisen beliefert, die von den Weltmarktpreisen abwichen. Jedoch waren die Preisvorteile relativ gering. Die Preise in vH der Weltmarktpreise betragen bei Baumwolle etwa 66 vH, bei Wolle 83 vH und bei Zucker 106 vH.<sup>38</sup>

Auf der Basis dieser Preisrelationen, die in der Wirtschaftszeitung "Kommersant" veröffentlicht wurden, können die Gewinne/Verluste ermittelt werden, die im Handel mit GUS-Staaten für Rußland im ersten Halbjahr 1992 entstanden sind. Die Lieferungen trugen Rußland Verluste in Höhe von 10,5 Mill. Dollar ein. Mit seinen Bezügen erzielte es einen Gewinn in Höhe von 2,1 Mill. Dollar.<sup>39</sup> Für das erste Halbjahr 1992 betrug somit der Nettoverlust Rußlands 8,4 Mill. Dollar; im zweiten Halbjahr 1992 ging der Nettoverlust auf 6,2 Mill. zurück. Die entsprechenden Schätzungen des russischen Finanzministeriums sind etwas höher und liegen bei 17 Mill. Dollar für das gesamte Jahr 1992.

Die Berechnungen der Verluste für das Jahr 1993, die im IMEMO durchgeführt wurden, ergaben<sup>40</sup>, daß der Wirtschaftsaustausch mit den GUS-Staaten unter den herrschenden Bedingungen im Vergleich zu einem Handel auf der Basis laufender Dollar-Rubel-Umfaustschkurse, tatsächlicher Weltmarktpreise für vergleichbare Güter (unter der Annahme konstanter Branchenstruktur des Warenumtausches) ein zusätzliches Handelsbilanzdefizit der GUS-Staaten gegenüber Rußland im Jahr 1993 in Höhe von 16 Mill. Dollar ergeben

<sup>37</sup> Respubliki byvschego Sojusa dwishutsja k desintergazii, in: Istverstija, 27.2.1992, S. 3.

<sup>38</sup> W. Kiritschenko, Chosjastwennye swjasi stran-tschlenow SNG, in: Ekonomist (Moskau), N. 4, 1993, S. 56.

<sup>39</sup> Obsor ekonomiki stran Sodrushestwa, in: Kommersant, N 33, 16-26 August 1993, S. 17.

<sup>40</sup> Sensazionnaja shedrost Rossii, in: Kommersant, N 33, 16-26. August 1993, S. 17.



hätte.<sup>41</sup> Dieses geschätzte Defizit (= russischer Handelsbilanzüberschuß) ist nur wenig kleiner als das Defizit, den das Finanzministerium für das Jahre 1992 ermittelt hat.

Die Konsequenzen, die eine Einführung von Weltmarktpreisen im Intra-GUS-Handel für die Partnerstaaten Rußland hätte, wären von diesen schwer zu verkraften. Wie könnte eine Anpassung der Volkswirtschaften dieser Staaten an die veränderten Preise abgefedert werden?

### 3.2.2 Optionen für eine Reform der Außenhandelsfinanzierung

Eine Möglichkeit bestünde darin, daß westliche Länder, und nicht mehr Rußland, Kredite an diese Länder gewähren, die diese instand setzt, künftig russische Rohstoffe zu Weltmarktpreisen zu beziehen. Eine weitere Möglichkeit, die Schocks von Anpassung russischer Ausfuhrpreise an die Weltmarktpreise zu mildern, wird in der Gründung einer bilateralen Clearingstelle gesehen. Die Befürworter einer Schaffung einer multilateralen Clearing-Stelle betonen vor allem, daß mit Hilfe einer solchen Stelle (Bank für Zahlungsausgleich) der größte Teil des Außenhandels der Republiken ohne harte Währungen abgewickelt werden könnte. Über diese Bank, bei der jeder Staat ein eigenes Konto unterhalte, könnten die Ein- und Auszahlungen für Warenlieferungen erfolgen. Die Rechnungen sollten auf der Basis eines Zahlungsmittels beglichen werden, dessen Stabilität durch einen von westlichen Staaten errichteten Stabilisierungsfonds gesichert wird. Für die Verschuldung eines Mitgliedstaates sollten Grenzen eingeführt werden. Werden sie überschritten, so sollten Ansprüche auf das jeweilige nationale Vermögen abgetreten werden.

Zu diesem Vorschlag gibt es zwei wichtige Einwände. Der erste ist mehr theoretischer Natur. Er besagt, daß ein nach außen geschlossenes multilaterales Clearingsystem die Mitgliedstaaten zum abgestimmten Protektionismus verleitet. Ohne den unverfälschten Preiswettbewerb mit westlichen Industrieländern dürfte nämlich der Handel zwischen den Mitgliedern eines solchen Zahlungsausgleichssystems erneut in starkem Maße von politischen Faktoren geprägt sein und daher die - gemessen an einem nach außen offenen System - bestehende Fehlallokation der Produktionsfaktoren kaum vermindert werden.<sup>42</sup>

Der zweite Einwand hat einen realen Hintergrund. Er bezieht sich auf das Konzept einer solchen zwischenstaatlichen Bank für Zahlungsausgleich, das auf dem GUS-Gipfel im Januar 1993 verabschiedet wurde. Das seinerzeit zitierte Statut einer Bank für Zahlungsausgleich in der GUS entspricht nämlich nicht den oben vorgestellten Konzept einer solchen Bank. So wurde nicht beabsichtigt, ein besonderes Zahlungsmittel für diese Bank einzuführen. In Artikel 7 des Statuts sollten sich die Mitgliedstaaten lediglich verpflichten, den Ausgleich der Ein- und Ausgänge in Rubel gegenüber der Gesamtheit aller anderen Mitglieder zu gewährleisten.<sup>43</sup> Der Mangel einer solchen Verpflichtung besteht nicht nur darin, daß "the rouble would not be stable enough to provide such international monetary functions", wie es einige Autoren meinen, die über "the Soviet Payments Union" schreiben.<sup>44</sup> Im Zeitraum 1992-1993 hat der russische Rubel seine

<sup>41</sup> Economitscheskie otnoschenija v SNG: posledstvija dlja Rossii, IMEMO, 1992, interer Bericht.

<sup>42</sup> Transformation der Außenwirtschaft: Zur Öffnung und Weltmarktintegration geschlossener Volkswirtschaften, in: Hartwig/Thieme (Hrsg.), Transformationsprozesse in sozialistischen Wirtschaftssystemen. Berlin, Heidelberg, New York, Tokio, 1991, S. 357-405.

<sup>43</sup> Dokumente des GUS-Gipfeltreffens in Minsk am 22. Januar 1993, offizielle unveröffentlichte Texte, Außenministerium Rußlands, Januar 1993.

<sup>44</sup> P. Bofinger, d. Gros: A Soviet Payments Union: Why and How, in: Towards a New Europe?, Bruxelles, 1992, P. 515-516.

Stärke gegenüber den Währungen anderer GUS-Staaten im gegenseitigen Handel bewiesen. Das eigentliche Problem besteht vielmehr darin, daß der russische Rubel zu gleicher Zeit die russische Nationalwährung, das gesetzliche Zahlungsmittel in anderen GUS-Staaten und das multinationale Verrechnungsmittel bei der zwischenstaatlichen Bank für Zahlungsausgleich ist. Dies führt unweigerlich dazu, daß die russische Zentralbank bei der Währungsstützung der Mitgliedstaaten eine tragende Rolle übernehmen müßte. Das stellte das ganze System erneut auf eine Ebene mit dem altbekannten bilateralen Clearingsystem und wäre mit erheblichen Verlusten für Rußland verbunden. Es ist deshalb kein Zufall, daß Rußland, das zu den sechs von zehn Staaten gehörte, die das Abkommen über die Bank für zwischenstaatlichen Zahlungsausgleich zeichneten, es aber nicht ratifiziert haben. Angesichts der Lage, in der sich die Fiskalpolitik und die Volkswirtschaften in den meisten Staaten der GUS befinden, scheint die Gründung einer zwischenstaatlichen Clearingstelle für Rußland wenig sinnvoll.

### 3.3. Koordination der Geld- und Währungspolitiken

Der nicht in Kraft getretene Vertrag über die Wirtschaftsgemeinschaft der souveränen Republiken vom Oktober 1991 sah die Gründung einer supra-nationalen Emissionsbank vor (Artk. 17). Im Rahmen der angestrebten Währungs- und Bankenunion sollte diese Bank die Verantwortung nicht nur für die gesamte Kreditpolitik der Mitgliedsstaaten, sondern auch für die Währungspolitik einschließlich der Geldemissionstätigkeit (Artikel 19) übernehmen.<sup>45</sup> Genau wie dieses Vorhaben sind im Laufe des Zeitraums 1992 - 1993 mehrere weitere Projekte gescheitert, die die Übergabe von Kompetenzen im Bereich der Geld- und Kreditpolitik auf eine supranationale Ebene vorsahen. Die Wirtschaftspolitiken der neuen Staaten erwiesen sich als zu heterogen, so daß eine Übereinstimmung bei Zielen und Mitteln einer gemeinsamen Politik wohl nicht zustand kommen konnte.

Die Einführung nationaler Währungen in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion begann Mitte 1992. Dies veränderte die Bedingungen sowohl für den Bargeldumlauf als auch für die Schaffung von Buchgeld. Der Ersatz des bisher gültigen gesetzlichen Zahlungsmittel (Rubel) durch das nationale Geld erfolgte getrennt von der Änderung beim Buchgeld. Bei nicht-baren Zahlungen existieren Kurse der jeweiligen nationalen Währungen bereits seit Juli 1992. Zu diesem Zeitpunkt eröffnete die russische Zentralbank Korrespondenzkonten für alle Sparten der Rubelzone. Ab Juli 1993 werden alle Währungen der Staaten der ehemaligen Sowjetunion bei der russischen Zentralbank notiert. Es handelt sich bei den Währungen sowohl um die bereits eingeführten nationalen Zahlungsmittel als auch um die sogenannten "nationalen nicht-baren Rubel", die in verschiedenen GUS-Staaten unterschiedliche Kurse haben. Inzwischen hat sich der nicht-bare Rubel Rußlands im Vergleich zu den unbaren Rubeln im übrigen Raum der GUS (insbesondere gegenüber der Ukraine, Georgien, Weißrußland) deutlich aufgewertet. Dafür gibt es zwei wichtige Gründe:

- andere GUS-Staaten bleiben im Vergleich zu Rußland bei der Durchführung marktwirtschaftlicher Reformen zurück und
- die vollständige Umstellung einer nationalen Währung und die damit verbundene Umstellung aller Zahlungen, die vorher in Rubel erfolgten, löst eine Abwertung ihres offiziellen Umtauschkurses aus, weil das Vertrauen in die Stabilität der neuen Währung erstmal sehr gering ist.

<sup>45</sup> Dagovor ob Economitscheskom Soobtschestve. Vertragstext, in: Istwestija vom 4.10.1991, S. 4.

Ende 1993 waren in allen Staaten der ehemaligen Sowjetunion nationale gesetzliche Zahlungsmittel vorhanden. Grundsätzlich boten sich zwei Möglichkeiten für die Einführung nationalen Geldes an: Die sofortige Emission des neuen Geldes oder die Begebung eines provisorischen Geldes. Es gibt gute Gründe dafür, die zweite Möglichkeit der ersten vorzuziehen:

- Die Produktion fälschungssicherer Banknoten ist nicht sofort und billig zu haben, eine provisorische Währung ist wohl nicht sonderlich fälschungssicher aber für eine Übergangsphase eine billige Lösung, was die Druckkosten anbetrifft;
- Eine Währung, die kein Provisorium ist, sollte erst dann emittiert werden, wenn der Tiefpunkt der Wirtschaftskrise überwunden ist; dies verbessert ihre Akzeptanz;
- Die Existenz einer provisorischen Währung schafft Zeit, die Frage der Verschuldung gegenüber Rußland abzuklären und gegebenenfalls einen Teil der Aktiva der Staatsbank der ehemaligen Sowjetunion zu gewinnen.

Eigenes Geld (Zahlungsmittel) haben nur vier Staaten auf direktem Weg - unter Umgehung der Emission provisorischen Geldes - eingeführt: Estland, Turkmenistan, Kirgistan, Kasachstan. Fünf Staaten haben zunächst provisorisches Geld emittiert, und dieses zu einem späteren Zeitpunkt durch endgültiges nationales Geld abgelöst. Es waren dies die Länder Lettland, Litauen, Aserbaidjan, Armenien und Moldawien.

Die Stärke der Währungen in den nicht-russischen Nachfolgestaaten der Sowjetunion hängt ganz entscheidend von der Politik Rußlands gegenüber diesen Staaten ab. Hier seien insbesondere vier Maßnahmen erwähnt, die die Tauschverhältnisse beeinflussen:

1. Die Teilung der Aktiva und Passiva der ehemaligen Staatsbank der Sowjetunion. Zu den Aktiva dieser Staatsbank gehörten vor allem ihre Kredite an den Unionshaushalt und zu den Passiva gehörte die umlaufende Bargeldmenge. Der Tabelle 5 ist zu entnehmen, wie die Forderungen und Verbindlichkeiten zwischen den ehemaligen Unionsrepubliken aufgeteilt wurden (nach dem Stand vom 1.1.1992).

Da einerseits nicht mehr genau rekonstruiert werden konnte, wie die Kredite zwischen den staatlichen Unionsrepubliken zur Zeit der sozialistischen Planwirtschaft verteilt worden waren, und andererseits die Teilung dieser Aktiva und Passiva mit Verpflichtungen seitens Rußlands verbunden ist, entschloß sich die russische Zentralbank, um die Sache voranzutreiben, erhebliche Zugeständnisse zu machen und eine für sie selbst ungünstige Teilung der Aktiva und Passiva vorzuschlagen.

Bemerkenswert ist, daß bei der endgültigen Einführung einer eigenen Währung keiner von den ehemaligen Unionsrepubliken die Frage der Verschuldung gegenüber Rußland als Rechtsnachfolger der Sowjetunion geregelt hat. Bei dieser Verschuldung Rußlands handelt es sich u.a. um die Ersparnisse der Bevölkerung bei den jeweiligen lokalen staatlichen Banken, um die aufgelaufenen Versicherungsprämien (abzüglich Schadensregulierung) aufgrund von Versicherungsverträgen, die zur Zeit der Sowjetunion abgeschlossen worden waren, um die Werte der staatlichen Schuldverschreibungen aus dem Jahr 1982 und um Rubelguthaben, die in den Bilanzen der lokalen Banken und Zentralbanken stehen.<sup>46</sup>

<sup>46</sup> I. Pogosow, *Ekonomitscheskoje wsaimodeljstwie*, in: *Delowoy mir*, 6.4.1993, S. 7.

Tabelle 5: Anteil der Nachfolgestaaten der SU an den Aktiva und Passiva der Staatsbank der Sowjetunion

Republiken	Kredite der Staatsbank		Umlaufende Bargeldmenge	
	Mrd. Rubel	in vH	Mrd. Rubel	in vH
Rußland	317.7	57.4	173.5	62.8
Ukraine	89.2	16.1	35.2	12.7
Kasachstan	28.7	5.2	14.5	5.3
Usbekistan	22.7	4.1	11.6	4.2
Weißrußland	20.6	3.7	6.2	2.3
Georgien	18.3	3.2	6.2	2.3
Litauen	9.7	1.8	2.6	0.9
Aserbaidjan	7.6	1.4	5.1	1.8
Moldawien	6.5	1.2	2.9	1.0
Armenien	7.1	1.3	4.4	1.6
Lettland	6.5	1.2	2.4	0.8
Kirgistan	4.9	0.9	3.0	1.1
Tadjikistan	4.9	0.9	2.4	0.8
Turkmenistan	4.9	0.9	4.3	1.5
Estland	3.8	0.7	2.6	0.9
Insgesamt	553.1	100.0	276.9	100.0

Quelle: Bulletin Goskomsotrudnitschestwa, März 1992, S. 7-8; Bericht der Russischen Zentralbank zum VI. Kongress des Parlaments Rußlands, April 1992, S. 18.

2. Lieferung von Barrubeln aus Rußland an GUS-Staaten. Nach der Teilung der Aktiva und Passiva der Zentralbank der ehemaligen Sowjetunion sollten weitere Bargeldlieferungen aus Rußland an die Nachfolgestaaten der Sowjetunion ausschließlich zulasten deren Zentralbanken erfolgen. Die russische Zentralbank trug die Lieferungen als Kredite in der eigenen Bilanz ein. Die Zinsen wurden weit unter den jeweiligen Refinanzierungssätzen für die nicht-staatlichen russischen Banken festgesetzt (im zweiten Halbjahr 1992 lag der Zentralbankzins bei 21 vH und der Refinanzierungszins bei 80 vH). Es war aber sehr umstritten, ob diese Konditionen gerechtfertigt waren. Aus Tabelle 4 ist zu ersehen, welchen Umfang die Bargeldlieferungen erreichten.

Diese großzügige Politik der russischen Zentralbank gegenüber den GUS-Staaten hat sich negativ auf die Wirtschaft Rußlands ausgewirkt. Nach Angaben des Finanzministers B. Fjodorow war bis zu einem Viertel des gesamten Preisniveaustiegs in Rußland im Jahre 1992 auf die laxe Kreditpolitik gegenüber den Staaten Rubelzone zurückzuführen.<sup>47</sup> Unsere Berechnungen zeigen, daß es in der Tat eine enge Verbindung zwischen dem Umfang der von Rußland eingeräumten Kredite und dem Preisniveaustieg in Rußland gibt. Auf der Basis von Monatswerten der Rubellieferungen und des Preisniveaustiegs für den Zeitraum Januar 1992 bis November 1993 wurden Korrelationen berechnet. Der Korrelationseffizient beträgt bei der Gleichzeitigkeit der jeweiligen Monatswerte 0,43, bei einer Zeitverzögerung von einem Monat 0,41, von zwei Monaten - 0,68 und bei einer Zeitverzögerung von drei Monaten 0,51. Man kann daraus den Schluß ziehen, daß die russischen Vorzugskredite an die GUS-

<sup>47</sup> W. Ewstigneew, Rastschetnye otnoschenija w postsowetskom ekonomitscheskom prostranstwe, MEIMO, N 5, 1993, S. 69.

Staaten in etwa zwei Monaten nach Rußland zurückfließen, die heimische Geldmenge entsprechend aufblähen und so eine restriktive Geldpolitik in Rußland konterkarieren.

### 3.4. Russische Währungsreform

Nach langen Diskussionen über eine Reform der russischen Geld- und Währungspolitik hat im November 1991 die russische Regierung den Entschluß gefaßt, vorläufig kein neues russisches Geld zu emittieren. Dieser Entschluß gegen eine Währungsreform wird wie folgt begründet:

- Eine neue Währung wäre nicht vertrauenswürdig;
- technisch gesehen, wäre die Geldreform zu kompliziert.

Dank der Politik der Gaidar-Regierung hatte der russische Rubel zum Ende Jahres 1992 allmählich die Eigenschaften erworben, die Geld normalerweise innehaben sollte. Die Voraussetzungen für die Einführung einer neuen nationalen Währung in Rußland hatte sich in soweit gebessert. Binnenwirtschaftliche Gründe sprachen im Jahre 1993 jedoch gegen eine Währungsreform. Vordringlich erschien, negative Einflüsse der Geldpolitik der übrigen GUS-Staaten auf Rußland zu neutralisieren. Zu diesem Zweck führte die russische Regierung Ende 1992 folgende Regelungen ein:

- Nichtresidenten wurde verwehrt, gegen Bargeld Waren zu kaufen, die einen Gesamtwert von 0,5 Mill. Rubel übersteigen;
- Angehörigen anderer GUS-Staaten wurde untersagt, in Rußland über ihre Rubelkonten bei russischen Privatbanken konvertierbare Devisen der russischen Devisenbörse zuzukaufen;
- Rubelkonten der Angehörigen anderer GUS-Staaten konnten nicht durch Ausländer belastet werden, um Anteile an privatisierten russischen Unternehmen zu erwerben;
- Reexporte russischer Rohstoffe wurden durch zusätzliche Grenzkontrollen und Zölle erschwert.

Der Erfolg dieser Maßnahmen wurde als bei weitem nicht ausreichend angesehen. Im Juli 1993 führte Rußland eine eigene nationale Währung ein, die den Rubel als Zahlungsmittel ablöste. Ab sofort waren nur die im Jahre 1993 emittierten Banknoten gültig. Gleich danach schlug Rußland eine härtere Gangart in seiner Politik gegenüber den Staaten der Rubelzone ein mit dem Ziel, entweder deren Geld- und Kreditpolitik unter die Kontrolle der russischen Zentralbank bzw. Regierung zu stellen oder aber sie aus der Rubelzone hinauszudrängen.

In dem zwischen Rußland und fünf GUS-Staaten im September 1993 gezeichneten Abkommen über die Rubelzone hatten sich die fünf GUS-Staaten verpflichtet, daß sie bei Bezügen der russischen Barrubel den entsprechenden Wert (in US-\$) als Kautions bei der russischen Zentralbank hinterlegen; diese Einlagen sollen mit dem laufenden Zinssatz der Zentralbank Rußlands verzinst werden. Da diese Konditionen von den Verhandlungspartnern Rußlands nicht akzeptiert wurden, hörte Ende 1993 die Rubelzone nach dem Willen der russischen Regierung endgültig auf zu existieren. Dies ist zweifellos zum Vorteil Rußlands.

### 3.5 Regelung der (Devisen)Auslandsschulden

Die Zahlung der Auslandsschulden, die in harter Währung denominated sind, an die westlichen Staaten ist wohl eins der wichtigsten Probleme bei der Auseinandersetzung um das sowjetische Erbe. Die Lösung dieses Problems wurde seinerzeit durch die Forderungen der Gruppe der Sieben westlichen Staaten (G 7) wesentlich erschwert. Die Vertreter der G7 hatten nach dem Verfall der Sowjetunion gefordert, alle Republiken sollten "jointly and severally" ber die Zentrale in Moskau für die gesamte Rückzahlung der Schulden Verantwortung tragen. Es wurden entsprechende Anteile festgelegt, die für die gröſsten Nachfolgestaaten der Sowjetunion wie folgt aussahen: Rußland 61,34 vH, Ukraine 16,37 vH, Weißrußland 4,13 vH und Kasachstan 3,86 vH. Bereits Ende 1991 wurde dieses Konzept fallen gelassen. Die gesamte Verantwortung für die Schuldentilgung wurde nunmehr Rußland übertragen. Diese Maßnahme war von russischen Wissenschaftlern schon sehr früh vorgeschlagen worden.<sup>48</sup> Im Laufe des Jahres 1992 hat die russische Föderation anstatt ihres Anteils von 61 vH über 96 vH aller fälligen Tilgungsraten geleistet. Erst Ende 1992/Anfang 1993 wurden bilaterale Abkommen mit anderen GUS-Staaten unterzeichnet, die die russische Regierung zur Alleinverantwortung für die Schuldentilgung autorisierten.

Rußland erwartete vom Verzicht der Republiken auf Ansprüche auf ehemals sowjetische Aktiva und Passiva in Devisen, daß die wertmäßige Verrechnung einen Saldo von Null ergibt. Entscheidende Vorteile durch diese Lösung des Auslandsschuldenproblems erhoffte sich die Regierung bei den Verhandlungen mit den westlichen Industrieländern. Rußland erwartete weiterhin, berechtigt zu sein, vorteilhafte Bedingungen bei der Umschuldung seitens der Pariser und Londoner Clubs und mehr Freiheit bei der Umwandlung von Schulden in Eigenkapital und bei Transformation kurzfristiger in langfristige Kredite zu erlangen.

---

<sup>48</sup> W. Korowkin: Zerfall der Sowjetunion und Europäische Gemeinschaft, in: *Integration*, N 1, 1982, S. 39-40.

#### 4. Schlußfolgerungen

Die Entwicklung in den Jahren 1992 bis 1993 stand im Zeichen einer Außenwirtschaftspolitik Rußlands, die darauf gerichtet war, die Handelsbeziehungen zu den übrigen Nachfolgestaaten der Sowjetunion bilateral, nicht aber multilateral zu gestalten. Das bilaterale Netz der vertraglichen Beziehungen war unter den gegebenen Umständen für Rußland vorteilhaft. Jedoch war es nicht frei von Mängeln. So sollte bei der Gestaltung der bilateralen Beziehungen Selektivität vermieden und das GATT-Meistbegünstigungsprinzip uneingeschränkt als allgemeine Grundlage angewendet werden. Der Umfang des intra-regionalen Handelsaustausch ohne Staatskontrollen sollte erweitert werden, da jede staatliche Beschränkung zu Lasten der russischen Wirtschaft gehen würde.

Die Analysen zeigen, daß der intra-regionale Warenhandel in der ehemaligen Sowjetunion dazu beitrug, effiziente Wirtschaftsstrukturen zu konservieren. Die Effizienz des Warenhandels Rußlands mit anderen Republiken war verhältnismäßig gering. Nach Abschaffung der zentralen Verwaltungswirtschaft ist ein tiefgreifender sektoraler Umstrukturierungsprozeß sowie eine regionale Verlagerung der Produktion nicht zu vermeiden. Eine Politik der Desintegration der überkommenen Strukturen kann durchaus als rationale Strategie Rußlands verstanden werden, die den Weg frei macht für die Entwicklung neuer effizienterer Handels- und Standortstrukturen. Sie trüge dazu bei, daß sich die Austauschverhältnisse (terms of trade) an wettbewerblich zustande gekommenen Preisen orientieren und mehr als bisher dem wechselseitigen Vorteil dienen.<sup>49</sup> Im-integrationspolitisch gesehen - Alleingang liegt die eigentliche Chance für Rußland.

Die GUS-Staaten sind von russischen Exporten sowohl im Bereich Rohstoffe als auch im Maschinenbau sehr stark abhängig. Die Berechnungen zeigen, daß Rußland demgegenüber auch einen vollständigen Abbruch der Bezüge etwa im Maschinenbausektor vergleichsweise leicht verkraften kann. Die derzeit wichtigen, aber nicht sehr zuverlässigen russischen Agrareinfuhren aus diesen Staaten können durch Einkäufe auf dem Weltmarkt und durch steigende russische Produktion - nach Beschleunigung der Wirtschaftsreformen im Inland - ersetzt werden. Berechnungen zeigen, daß der Abbruch aller Lieferungen aus Rußland eine wirtschaftliche Katastrophe für seine Partner bedeuten würde, für Rußland selbst aber keine Existenzfrage wäre.

Der Übergang zur Bewertung von Lieferungen zu Weltmarktpreisen im Handel mit allen ehemaligen Republiken der Sowjetunion ist aus russischer Sicht dringend erforderlich. Kurzfristige negative Rückwirkungen wie etwa zusätzliche Preissteigerungen und Absatzprobleme bei nicht-konkurrenzfähigen Produzenten würden durch zahlreiche positive Effekte (z.B. Aktivierung der Handelsbilanz, Stärkung der eigenen Währung, Gründung neuer wettbewerbsfähiger Unternehmen, Beitrag zur Demonopolisierung, Energieeinsparung) mehr als wett gemacht.

Die Bezahlung russischer Lieferungen in die souveränen Staaten in der ehemaligen Sowjetunion mit russischen Rubeln sowie die Käufe der Nichtgebietsansässigen in Rußland mit Hilfe unbarer Rubel auf dem Territorium Rußlands ist schädlich für die russische Volkswirtschaft. Rußland gewinnt durch die Einführung nationaler Währungen - sei es in Form von Zahlungsmitteln oder als Buchgeld - in anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Rußland erhält so die Möglichkeit, eine unabhängige Geld- und

<sup>49</sup> H.-H. Hoehmann, Ch. Meier, H. Timmermann, Auf dem Weg zu neuen gesamteuropäischen Strukturen, Bericht des BIOst, N 49, 1992, S. 14.

Währungspolitik zu betreiben; die russische Währung wird sehr wahrscheinlich gegenüber diesen neuen Währungen aufwerten und somit an Gewicht zunehmen.

Rußland braucht gegenwärtig weder eine Zahlungsunion mit den GUS-Staaten, in denen der russische Rubel als Rechteinheit und Tauschmittel verwendet wird, noch eine Rubelzone. Die Gewährung von Vorzugskrediten in Rubeln, die direkten Lieferungen von Barrubel, sowie die Vereinigung der Geldsysteme ohne eine Koordination der makroökonomischen Politik beschleunigte nur die Inflation in Rußland.

Nur durch eine Trennung von den übrigen Republiken der ehemaligen Sowjetunion im monetären Bereich und die Gestaltung der Handelsbeziehungen nach den Prinzipien, die auf den Weltmärkten gelten, könnte Rußland in den nächsten Jahren in die Lage versetzt werden, einen begrenzten Teil der Auslandsschulden der ehemaligen Sowjetunion zu bedienen.



## LITERATURVERZEICHNIS

1. God planety, Moskau, 1992.
2. Hartwig/Thieme (Hrsg.), Transformationsprozesse in sozialistischen Wirtschaftssystemen. Berlin, Heidelberg, New York, Tokio, 1991.
3. IMEMO, interne Berichte, 1992.
4. Ramses'93, Paris, 1993.
5. N.Schmeljow, W.Popow: Na perelome: ekonomitscheskaja perestroika v SSSR, Moskau, 1989.
6. Towards a New Europe?, Bruxelles, 1992.
7. H.Weiss, Zur Waehrungs- und Handelspolitik Russlands im
8. Transformationsprozess. Philipps-Universitaet, Marburg, 1993.
9. Offizielle Dokumente:
  - Dogovor ob Economitscheskom Soobtschestve, 1991;
  - Dokumenten des GUS-Gipfeltreffens in Minsk, Januar 1993;
  - Perechod k rynku. Koncepzija i Programma, Moskau, 1990;
  - Programma uglublenija ekonomitscheskich reform, 1992;
  - O finansovo-economitscheskoy politike Rossii v 1993 godu;
  - Interne Berichte der Zentralbank Russlands, 1992.
10. Statistiken:
  - Bulletin Ekspres-Informazija, Roskomstat, 1991-1993;
  - Bulletin Goskomsotrudnitschestwa, 1992;
  - CIS Market Atlas, Business International, Moscow, 1992;
  - Narodnoe Chosjastwo RSFSR v 1990, Statistisches Jahrbuch, Moskau, 1991; Narodnoje Chosjastwo Rossijskoj Federazii 1992, Statistisches Jahrbuch, Moskau, 1992.
  - Statistitscheskij Pressbulletin, Roskomstat, 1992.
11. Zeitschriften:
  - Berichte des BIOst
  - Economist (Moskau);
  - Europa-Archiv;
  - L'Europe en formation (Nice);
  - Integration;
  - Kiel Working Papers;
  - MEIMO (Moskau);
  - Most (Bologna);
  - Osteuropa-Institut, Working Papers;
  - Revue d'Etudes comparatives Est-Ouest (Paris);
  - Osteuropa;
  - Vestnik statistiki;
  - Vestnik Rossijskoj Akademii Nauk.
12. Zeitungen:
  - Delowoy mir;
  - Economica i zizn;
  - Finansovye Iswestija
  - Iswestija;
  - Kommersant;
  - Kommersant-Daily;
  - Nesawisimaja Gazeta;
  - Rossijskaja Gazeta.